

# Nach der Flucht

Die Teenagerin mit den dicken, geflochtenen Zöpfen sitzt auf ihrem roten Koffer mitten in der Bahnhofshalle und hält ihren Dackel an der Leine eng bei sich. Daneben spielen zwei kleine Kinder Fangen. Ihre Mutter steht in der Schlange vor den Sonderschaltern an, um kostenlose Tickets für die Weiterfahrt zu bekommen. Dazwischen zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die dolmetschen, Essen und Wasser verteilen, Zahnbürsten oder Windeln für die Babys ausgeben.

Der Wiener Hauptbahnhof ist derzeit eines der Drehkreuze der Fluchtbewegung aus der Ukraine in den Westen. Budapest, Warschau, München: Mehr als 2,5 Millionen Menschen sind bereits vor den russischen Raketen aus der Ukraine geflüchtet, etwa 110.000 davon kamen bis jetzt in Österreich an, wobei laut Innenministerium für rund 80 Prozent Wien nur ein Zwischenstopp war. Die allermeisten zieht es in andere europäische Länder, in denen sie Freunde oder Verwandte haben. Denn im Gegensatz zu Deutschland, wo schon vor dem Krieg etwa 330.000 Menschen mit ukrainischen Wurzeln lebten, zählt die ukrainische Community in Österreich gerade einmal 12.600 Mitglieder – der Großteil davon lebt in Wien.

Was aber erwartet jene etwa 22.000 Vertriebenen, die bis jetzt in Österreich bleiben wollen? Sie erhalten – sobald sie registriert sind – eine Grundversorgung, auf die auch Asylwerber während ihres Verfahrens Anspruch haben. Zumindest bis Jahresende 2023 können sie in Österreich bleiben. Die Flüchtlinge bekommen als Soforthilfe ein Bett in einem Notquartier. 2500 Schlafplätze stehen mittlerweile in Wien zur Verfügung. Auch die Länder stocken ihre Kontingente auf.

**Sobald die Ukrainer** in der Grundversorgung registriert sind, haben sie Anspruch auf einen Platz in einer Asylunterkunft. Dort haben sie neben einem Bett und regelmäßigen Mahlzeiten ein Taschengeld in der Höhe von 40 Euro pro Monat sowie bis zu zehn Euro für von der Unterkunft organisierte Freizeitaktivitäten.

Dazu haben sie Anspruch auf maximal 150 Euro Bekleidungsgeld pro Jahr. Wer eine private Unterkunft gefunden hat, erhält einen Mietzuschuss sowie Verpflegungsgeld vom Staat. Für eine Einzelperson in Grundversorgung, die in einer privaten Unterkunft lebt, sind derzeit 365 Euro vorgesehen, um Miete und Lebenskosten zu stemmen, für Kinder etwas weniger. Eine Familie mit zwei Kindern kommt auf höchstens 930 Euro staatliche Unterstützung pro Monat. Das ist viel weniger als anerkannte Flüchtlinge in Österreich an Unterstützung bekommen, denn diese haben Anspruch auf Mindestsicherung in der Höhe von 949 Euro für eine Person.

Schutzsuchende, die freiwillig einen Deutschkurs oder eine berufliche Weiterbildung besuchen, erhalten

**Wie freundlich werden Geflüchtete aus der Ukraine tatsächlich von Österreich aufgenommen? Was erwartet diejenigen, die in Wien bleiben wollen?**

BERICHT:  
NINA HORACZEK

ten auch nicht mehr Geld. „Es gibt hier ein echtes Window of Opportunity für Österreich, Menschen, die aus der Ukraine zu uns geflüchtet sind, ihren Kompetenzen entsprechend einzusetzen und sie auch für Zukunftsjobs auszubilden“, sagt Manuela Vollmann, Leiterin von ABZ\* Austria, einem Verein, der gezielt Frauen am Arbeitsmarkt unterstützt. „Aber dazu braucht es die entsprechende Unterstützung, da die Gefahr unserer Erfahrung nach groß ist, dass die ukrainischen Frauen den schnellstmöglich verfügbaren Job annehmen, weil sie Geld verdienen müssen.“

nen“, sagt Lukas Gahleitner von der Asylkoordination.

In Wien versucht man, diese Menschen möglichst in privaten Unterkünften unterzubringen. „Schon jetzt haben wir in der Grundversorgung etwa 80 Prozent privat untergebracht“, sagt der Sprecher von Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ). Gemeinsam mit der Diakonie bittet die Stadt Wienerinnen und Wiener um längerfristige Wohnraumspenden für Ukrainer.

Weil ein Großteil der Geflüchteten bis jetzt Frauen mit Kindern sind, steigt der Bedarf an Kindergarten- und Schulplätzen. „Etwa 500 ukrainische



**Ankunft am Wiener Hauptbahnhof: Etwa 80 Prozent der geflüchteten Ukrainer reisen weiter**

Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt ist nicht ganz so offen wie von Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) angekündigt. Denn im Gegensatz zu anerkannten Flüchtlingen benötigen vertriebene Ukrainer eine Beschäftigungsbewilligung. Diese muss vom Arbeitgeber beantragt werden und gilt für ein Jahr. Wer den Job verliert, fällt in die Grundversorgung zurück. Nur wer zumindest ein Jahr hier gearbeitet hat, kann Arbeitslose beantragen. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass diese an einen Arbeitgeber gebundene Beschäftigungsbewilligung besonders in der Gastronomie oftmals zu Ausbeutungsverhältnissen führt“, warnt Christoph Riedl, Asylexperte der Diakonie.

**Selbst wer rasch einen Job findet**, steht in vielen Fällen vor dem nächsten Problem: „Momentan ist gesetzlich vorgesehen, dass Menschen in der Grundversorgung ihr Quartier verlieren, wenn sie mehr als 110 Euro im Monat dazuerzielen. Aber die allermeisten Geflüchteten werden sich nicht gleich mit dem ersten Gehalt eine Wohnung leisten können“

Kinder haben bereits einen Schulplatz in Wien“, sagt der Sprecher des Wiener Bildungsstadtrats Christoph Wiederkehr (Neos). Derzeit landen diese Kinder in Deutschförderklassen, wo schon jetzt nur Kinder mit keinen oder wenig Deutschkenntnissen sitzen. „Es haben sich auch viele muttersprachliche Lehrkräfte für Ukrainisch gemeldet“, sagt der Sprecher des Bildungsstadtrats. Diese würden nun angestellt und den Schulen zugeteilt.

Für Kinder, die noch jünger sind als 14 Jahre und die durch den Ukrainekrieg zu Waisen wurden, wurden im Krisenzentrum des Jugendamts zusätzliche Plätze geschaffen. Parallel dazu richtet das Jugendamt drei betreute Wohngemeinschaften für diese Waisenkinder ein.

Völlig offen ist auch noch, welche finanzielle Unterstützung all jene bekommen sollen, die nicht arbeiten können, etwa weil sie chronisch krank oder zu alt sind. Denn viele Ukrainerinnen haben nicht nur die Kinder, sondern auch Oma und Opa auf die Flucht mitgenommen. Für diese ist derzeit auch nur Grundversorgung samt Taschengeld vorgesehen. **F**



**Etwa 500 ukrainische Kinder haben bereits einen Schulplatz in Wien**

BILDUNGSSTADTRAT  
CHRISTOPH WIEDERKEHR